

Europäische Parteien

Andreas Kießling

Das EU-Parteienstatut von 2004 zeitigt seine Wirkung – vor allem in der Erhöhung der Anzahl von Parteien, die auf dieser Rechtsgrundlage offiziell als Europäische Politische Partei anerkannt sind und deshalb aus EU-Mitteln gefördert werden: Neben die traditionellen Parteien – EVP, SPE, ELDR, EGP und EFA – traten die Europäische Demokratische Partei (EDP), die Allianz für ein Europa der Nationen (AEN), die Europäische Linke (EL), die EU-Demokraten (EUD) sowie die Alliance des Démocrates Indépendents en Europe.¹

Initiative des Europäischen Parlaments für eine Reform des Parteienstatuts

Trotz der offensichtlichen Attraktivität, sich auf der Grundlage der bisherigen rechtlichen und finanziellen Regelungen als Europäische Partei zu konstituieren, übte das Europäische Parlament (EP) im März 2006 deutliche Kritik am geltenden System. Die von Jo Leinen (SPD) als Berichterstatter maßgeblich erstellte Entschließung² fordert insbesondere eine verbesserte längerfristige Planungssicherheit für die Parteien und eine flexiblere Handhabung der an sie ausgezahlten Mittel. Momentan werden sie zu 75% öffentlich gefördert (2005: 8,4 Mio. Euro). 25% sind von den europäischen Parteien durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aufzubringen. Problematisch sei bei den EU-Geldern – so der Leinen-Bericht – die nur schwer kalkulierbare jährliche Festsetzung des genauen Betrags, der von der Zahl der anerkannten Parteien und von der Anzahl der einer Partei angehörenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments abhängt. Außerdem werden die detaillierten Vorschriften zur Mittelverwendung anhand eines von den Parteien einzureichenden Jahresplans kritisiert, die kaum Spielraum zur Reaktion auf aktuelle Ereignisse böten. Entsprechend schlägt das Europäische Parlament vor, den Rhythmus der Auszahlungen zu verändern, einen Grundförderbetrag pro Partei einzuführen, die Bildung von Rücklagen zu erlauben sowie Mittelschichtungen zu vereinfachen.

Das Europäische Parlament geht in seiner Initiative aber auch über diese technischen Vorschläge deutlich hinaus. Vor allem will es „zu einem echten europäischen Parteienstatut“ kommen, das die Rechte und Pflichten der europäischen Parteien festlegt und ihnen eine Rechtspersönlichkeit zuspricht. Zudem sollten Regelungen zur individuellen Mitgliedschaft enthalten sein. Darüber hinaus soll nach der Vorstellung des Europäischen Parlaments nicht nur über die Einrichtung von europäischen politischen Stiftungen nachgedacht werden, sondern auch über die Einführung von europäischen Parteilisten für Europawahlen und über Möglichkeiten der Einflussnahme der europäischen Parteien auf nationale Volksabstimmungen zu EU-Themen sowie auf die Wahl des Kommissionspräsidenten.

1 Vgl. Day, Stephan/Shaw, Jo: The developing status of the European Political Parties, in: The Federal Trust for Education and Research. European Newsletter, May/June 2006, S.3-5.

2 Vgl. Entschließung des Europäischen Parlaments zu Europäischen Politischen Parteien (2005/2224(INI)), 23.03.2006.

Europäische Volkspartei – EVP

Die EVP umfasst heute 41 christdemokratische, konservative und andere Mitte-Rechts-Parteien als Mitgliedsparteien sowie weitere zwölf assoziierte und 17 Beobachterparteien aus insgesamt 36 Ländern. Die seit Jahren unter ihrem Präsidenten, Wilfried Martens (CVP, Belgien), vorangetriebene Expansionsstrategie führte einerseits zu einer hervorgehobenen Stellung der EVP in den europäischen Institutionen, die sie zur stärksten politischen Kraft machte. Sie stellt mit 263 Abgeordneten die größte EP-Fraktion. Aus ihren Reihen stammen neun Kommissare (einschließlich des Kommissionspräsidenten) sowie zehn Staats- und Regierungschefs. Entsprechend hat sich zum politisch wichtigsten Gremium der EVP-Gipfel entwickelt, an dem im Vorfeld der Europäischen Ratstagungen die nationalen Parteiführer sowie die EVP-Spitzenvertreter der europäischen Institutionen teilnehmen.

Andererseits wurden gerade im letzten Jahr die mit der Ausweitung der Mitgliedschaften einhergehenden Integrationsprobleme offenkundig. So kam es nach der Wahl von David Cameron zum Parteiführer der britischen Konservativen zu vermehrten Spannungen angesichts der Verfassungsfrage. Die Tories stellen zwar keine Mitgliedspartei der EVP dar, bilden aber dennoch im EP mit den anderen EVP-Parteien eine gemeinsame Fraktion. Der frühere Tories-Chef, William Hague, lotete im Frühjahr 2006 Möglichkeiten zur Bildung einer neuen parlamentarischen Gruppierung aus, ohne dabei allerdings einen Erfolg zu erzielen. Ferner kam es vor dem Jubiläumskongress zum 30. Bestehen der EVP Ende März 2006 in Rom zu einem Eklat. Der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl sagte seine Teilnahme ab, weil die Veranstaltung vom damaligen italienischen Ministerpräsident Silvio Berlusconi – dessen Forza Italia ist eine der umstrittensten EVP-Neumitglieder – als Teil seines Wahlkampfes genutzt werden konnte. Gleichzeitig widersetzten sich deutsche Unionspolitiker, allen voran CSU-Chef Edmund Stoiber, dem Plan der EVP-Führung zur Aufwertung der türkischen AKP von einer Beobachterpartei hin zu einem assoziierten Mitglied.³ Die EVP bestätigte allerdings auf diesem Parteikongress ihren Vorsitzenden Martens in seinem Amt. Schließlich wurde als inhaltlicher Höhepunkt das Rom-Manifest zur Zukunft Europas verabschiedet.

Sozialdemokratische Partei Europas – SPE

Parteivorsitzender der SPE, die weiterhin aus 33 Mitgliedsparteien sowie je fünf assoziierten Parteien und Parteien mit Beobachterstatus besteht, ist seit 2004 Poul Nyrup Rasmussen (SD, Dänemark). Innerhalb der europäischen Institutionen nimmt sie die Position als zweitstärkste Kraft ein: So bildet sie mit 201 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion im EP, sie stellt in acht EU-Mitgliedstaaten die Staats- bzw. Regierungschefs, sieben Kommissare sowie der Generalsekretär des Rates/Hohe Vertreter für die GASP, Javier Solana, und der derzeitige EP-Präsident Josep Borell gehören SPE-Mitgliedsparteien an.

Nachdem die SPE im Juni 2005 eine Resolution zur Stärkung ihrer politischen Rolle angenommen hatte, entfalteten sie drei inhaltliche Großinitiativen: Erstens wurde eine Debatte unter ihren Mitgliedsparteien unter dem Stichwort „neues soziales Europa“ gestartet. Ziel der Diskussion, die mit einer Konferenz in Brüssel am 11.10.2005 begann, soll eine gemeinsame sozialdemokratische Vision für die Modernisierung der sozialen Sicherheitssysteme sein. Zweitens versucht die SPE den Dialog mit den Bürgern zur Zukunft

3 Vgl. Bacía, Horst: Ein „offenes“ Europa, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.03.2006, S.10; Bolesch, Cornelia: Gefährliche Größe, Süddeutsche Zeitung, 29.03.2006, S. 8.

Europas zu verstärken. Eine erste Veranstaltung fand hierzu im Januar 2006 in Dublin statt. In den kommenden Monaten werden mehrere „grassroots meetings“ in ganz Europa dazu organisiert. Schließlich entwickelten die SPE eine Wachstums- und Investitionsstrategie, die beim Treffen der nationalen Parteichefs am 26.10.2005 in London verabschiedet wurde und die nun in die europäischen Institutionen eingespeist werden soll. Einen Relaunch erfuhr das SPE-Netzwerk zur Lissabon-Strategie im Mai 2006, das nun von Hans Eichel geleitet wird. Neben diesen inhaltlichen Schwerpunkten ist ebenfalls im Mai 2006 ein organisatorischer Teil der Parteireform umgesetzt worden: Seither ist es als Einstieg in eine individuelle Mitgliedschaft möglich, sich als „SPE-Aktivist“ anzumelden.

Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei – ELDR

Seit dem Parteikongress in Bratislava im September 2005 ist Annemie Neyts-Uyttebroeck (VLD, Belgien) Nachfolgerin von Werner Hoyer (FDP) als Präsidentin der ELDR, die derzeit aus 49 Mitgliedsparteien besteht. Sie bildet seit der Europawahl 2004 zusammen mit der EDP die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE), die mit 89 Abgeordneten die drittstärkste Kraft darstellt. Auch in den anderen europäischen Institutionen belegt die ELDR den dritten Platz (sechs Kommissare, fünf EU-Regierungschefs).

Neben dem genannten Parteikongress waren Höhepunkte der Parteitätigkeit die Feierlichkeiten zum 30. Jubiläum der ELDR in Stuttgart am 17. März 2006 sowie die jeweiligen Rats- und Gipfeltreffen. Inhaltlich standen dabei drei Themenkomplexe im Vordergrund. Zum einen ging es um wirtschafts-, sozial- und wettbewerbspolitische Fragen, zum anderen reflektierten auch die Liberalen die Zukunft der europäischen Integration. Aus dieser Diskussion soll eine liberale „Vision für ein modernes Europa“ entstehen. Schließlich unterstrich die Partei ihre positive Haltung zu künftigen Erweiterungsrounds.

Europäische Grüne Partei/Europäische Föderation Grüner Parteien – EGP

Die EGP wählte auf ihrer Ratstagung Anfang Mai 2006 eine komplett neue Führungsriege. Als Co-Sprecher fungieren seither Ulrike Lunacek (Grüne, Österreich) und Philippe Lamberts (Ecolo, Belgien). Nachdem neben ihrer früheren Sprecherin Grazia Francescato ihr langjähriger Generalsekretär Arnold Cassola (beide: Federazione dei Verdi, Italien) ins nationale Parlament gewählt wurde, musste auch diese Position neu besetzt werden. Ihm folgte Juan Behrend (Bündnis90/Die Grünen) nach.

Die Entwicklungen des Jahres 2005 waren für die EGP eher unerfreulich. Zum einen waren ihre Mitgliedsparteien nur noch in Litauen an der Regierung beteiligt. Zum anderen war der Ausgang der EU-Verfassungsreferenden in Frankreich, in den Niederlanden und in Luxemburg für die Grünen problematisch. Dies nicht nur wegen des Ergebnisses in den ersten beiden Fällen, sondern vor allem, weil sich die grüne Kernanhängerschaft in diesen Ländern an der Verfassungsfrage spaltete. Neuen Mut schöpft die jetzige Führung aus der Regierungsbeteiligung in Italien, zudem will sie ihr Profil als Anti-Atomkraft-Bewegung stärker unterstreichen. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete der Start der angekündigten Klimawandel-Kampagne am 16. Februar 2006 mit zahlreichen Aktivitäten in vielen EU-Staaten.

Andere europäische Parteien

Die EFA – bestehend aus 29 ethnischen und regionalen Mitglieder- und vier Beobachterparteien – feierte in Brüssel am 10. Mai 2006 mit ihrer Präsidentin Nelly Maes (Spirit, Belgien) an der Spitze ihr 25-jähriges Bestehen. Die Partei, die über fünf EP-Abgeordnete ver-

fügt, unterstrich dabei ihr Hauptanliegen nach verstärkter Anerkennung der kulturellen Vielfalt und nach größerer Dezentralisierung. Die EDP, die sechs liberale Parteien umfasst und deren Ehrenpräsident Romano Prodi ist, stellt 25 Abgeordnete des Europäischen Parlaments in der ALDE-Fraktion. Sie sprach sich nach den gescheiterten Referenden nachdrücklich für ein politisch starkes Europa aus. Im Gegensatz dazu lehnte die EL, die mit anderen zusammen die 41 Mandate starke GUE/NGL-Fraktion im EP bildet, die europäische Verfassung ab. Die 17 (post-)kommunistische und sozialistische Mitglieder- und neun Beobachterparteien umfassende Sammlung wiederholte deshalb unter ihrem Präsidenten Fausto Bertinotti (PRC, Italien) auf dem ersten Parteikongress in Athen Ende Oktober 2005 die Forderung nach einer „tiefgreifenden sozialen und demokratischen Transformation Europas“. Auf der 30-köpfigen UEN-Fraktion im EP basiert die vornehmlich euroskeptische AEN, unter deren Dach populistische und nationalistische Kräfte zu finden sind (17 Mitgliedsparteien). Ebenfalls als euroskeptisch ist die EUD einzustufen, die aus elf vornehmlich links-orientierten Parteien besteht. Entsprechend forderte die EUD unter ihrer Vorsitzenden Hanne Dahl (June Movement, Dänemark) im Mai 2006 ein Abbrechen des Verfassungsprozesses und ein intergouvernemental geprägtes Europa. Die „Alliance des Démocrates Indépendants en Europe“ ging wie die EUD aus der 29 Mitglieder starken ID-Fraktion im EP hervor, repräsentiert aber eher rechts-gerichtete Parteien.

Fazit und Ausblick

Eine weitere Folge des Parteienstatuts war, dass die Parteien die Gelegenheit für eine Phase der Selbstreflexion über inhaltliche wie organisatorische Aspekte und der Erneuerung ihres Erscheinungsbildes bekamen. Letzteres wird etwa deutlich daran, dass die europäischen Parteien durch eine Modernisierung ihrer Parteilogos im Sinne eines Branding und durch eine deutlich verbesserte Internet-Präsenz versuchen, ihre öffentliche Sichtbarkeit zu erhöhen.⁴ Wenn dadurch auch ein Schritt in Richtung größere Sichtbarkeit getan ist, können sie ihr Potential noch nicht ausschöpfen. Dazu wären weitere institutionelle Reformen notwendig, wie die Einführung europäischer Listen und die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament. Damit sind allerdings gerade für ihre nationalen Mitgliedsparteien elementare Machtfragen aufgeworfen. Der politische Wille hier zu größeren Fortschritten zu kommen, dürfte also vor allem davon abhängen, ob die nationalen Parteien den echten Mehrwert der europäischen Parteien anerkennen. Ihre Zwitterstellung zwischen eigenständigen Akteuren und bloßen instrumentellen Foren ihrer Mitglieder werden die europäischen Parteien deshalb so schnell nicht verlassen können.⁵

Weiterführende Literatur

Ayrtman, Selen/Pütz, Christina: Die Europarteien als transnationale Netzwerke: ihr Beitrag zu einer europäischen Öffentlichkeit, in: Knodt, Michele/Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden 2005, S.389-408.

Tenscher, Jens (Hrsg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden 2005.

4 Siehe vor allem die Homepages der traditionellen europäischen Parteien. EVP: <http://www.epp-eu.org>; SPE: <http://www.pes.org>; ELDR: <http://www.eldr.org/index.php>; EGP: <http://www.europeangreens.org/index.html>.

5 Vgl. Day/Shaw: The developing status of the European Political Parties, in: The Federal Trust for Education and Research. European Newsletter, May/June 2006, S. 5.